



Interviews

Datum: 24. August 2025

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Schmidt-Mattern: Heute mit Barbara Schmidt-Mattern am Mikrofon, und wir sind zu Gast in der Kieler Staatskanzlei und hier verabredet mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident, dem Christdemokraten Daniel Günther. Herzlich willkommen im Deutschlandfunk.

Günther: Moin, Frau Schmidt-Mattern, ich freue mich, hier zu sein, in meiner Staatskanzlei.

Schmidt-Mattern: Da freuen wir uns auch. Herr Ministerpräsident, wir haben eine Woche hinter uns mit größten diplomatischen Anstrengungen der Europäer, der Amerikaner für ein Ende des Krieges in der Ukraine. Jetzt sind ein Abkommen, selbst eine Waffenruhe Stand heute, Donnerstagnachmittag, überhaupt nicht in Sicht. Aber es wird hier bei uns in Deutschland schon ziemlich intensiv darüber diskutiert, ob auch Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Zukunft, wenn es denn so weit käme, einen Frieden in der Ukraine absichern könnten. Wenn Deutschland gefragt wird, halten Sie einen Bundeswehreinsatz für geboten?

Günther: Ich finde es immer ein bisschen schwierig, jetzt Fragen zu beantworten, die im Moment nicht anstehen. Grundsätzlich glaube ich, muss man schon sagen, jetzt haben wir uns glücklicherweise wieder in die Position gebracht, auch durch Friedrich Merz, dass Deutschland in Europa ein gewichtiges Wort auch mitredet. Und ich glaube, daraus resultiert schon, dass wir in Zukunft dann auch Verantwortung übernehmen müssen, wenn wir sagen, Europa muss für Sicherheit sorgen, muss auch mit Sicherheitsgarantien der Ukraine zur Seite stehen, dann werden wir ja als größtes Land innerhalb Europas nicht an der Seite stehen können und sagen, alle Aufgaben übernehmen andere, sondern wir müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Und das, finde ich, gilt grundsätzlich, und was dann im Detail kommt, welche Einsätze wirklich dann gemacht werden, ich glaube, das ist für mich im Moment zu hypothetisch, darüber zu spekulieren, was wir da konkret machen werden.

Schmidt-Mattern: Für die Details ist es sicherlich zu früh, aber es gibt ja durchaus auch Stimmen in Ihrer eigenen Partei, beispielsweise Unionsfraktionschef Jens Spahn, der sinngemäß sagt, die Frage stellt sich jetzt gar nicht. Das sei alles medial vorangetrieben, Zitat. Gerade hier in Schleswig-Holstein haben Sie viele Bundeswehrstandorte. Sie haben viele Soldatenfamilien. Ist es da nicht gerade jetzt angebracht, zu sagen, es braucht viel Vorlauf, es braucht viel Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn man so etwas plant? Und das muss der Bevölkerung erklärt werden. Warum nicht jetzt?

Günther: Ich glaube, dass man schon erklären muss, in welcher besonderen Lage wir sind, und das tun wir ja auch. Also wir übernehmen ja jetzt schon Verantwortung. Wir bauen im Moment auch in den baltischen Ländern ja insgesamt eine Einheit von 5.000 Soldatinnen und Soldaten auf. Soldatinnen und Soldaten aus Deutschland werden im Moment regelmäßig versetzt, um auch mitzuhelfen an der NATO-Ostseite, auch für Sicherheit zu sorgen. Und das erklären wir im Moment an den Punkten schon. Aber ich glaube, es verunsichert Menschen eher, wenn man solche hypothetischen Debatten führt, wenn man über Dinge spricht, die im Moment ja überhaupt ja noch gar nicht anstehen. Ich glaube, da ist eine andere Kommunikation klug, indem man dann, wenn Entscheidungen anstehen, wenn man weiß, was kommt, dann entsprechend auch transparent damit umgeht. Ich glaube, das würde viele Sorgen von Menschen auch immer auflösen, wenn sie einfach das Gefühl haben, dass Politik ehrlich und offen über die hochdramatische Lage, in der wir uns ja weltweit befinden, auch spricht.

Schmidt-Mattern: Das ist so ein bisschen kennzeichnend für die deutsche Debatte, dass es zum einen heißt, ja, wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber wenn nachgefragt wird, was heißt das dann konkret, dann möchte sich niemand hier im Moment wirklich festlegen. Was wäre denn für den Fall, dass die USA an einem Punkt sagen, wir ziehen uns da raus, ihr Europäer seid jetzt alleine dafür verantwortlich, die Ukraine abzusichern und mehr Verantwortung zu übernehmen? Sind die Europäer dafür überhaupt ausgerüstet?

Günther: Die Situation hat es ja in den vergangenen Monaten immer wieder gegeben. Und das hat ja auch dazu geführt, dass wir ja auch sehr grundsätzliche Entscheidungen in Deutschland getroffen haben, Friedrich Merz, als er Bundeskanzler werden wollte, es war ja kurz nach der Wahl, entschieden hat, dass Verteidigungsausgaben jetzt getätigt werden, dass Deutschland bereit ist, für Sicherheit zu investieren, dass wir die Schuldenbremse verändert haben. Also alleine wenn man sieht, wie weit sich die Union da ja auch von bestimmten inhaltlichen Positionen verabschiedet hat, sieht man ja auch, dass diese Vorbereitungen getroffen werden und wir für diese Eventualitäten auch Europa derzeit vorbereiten.

Schmidt-Mattern: Sie sprechen es an, kommen wir vielleicht einmal zu sprechen auf die Stimmungslage in Ihrer Partei. Friedrich Merz hat kurz nach seiner Wahl die Schuldenbremse gelockert bzw. hat der Bundestag das dann mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. Der Bundeskanzler hat auch die Stromsteuerentlastung, die an sich ja für alle vorgesehen war, dann nur für Unternehmen beschlossen. Und vor kurzem erst hat der Bundeskanzler angekündigt, dass es einen teilweisen Exportstopp deutscher Rüstungsgüter geben wird, Güter, die in den Gazastreifen gelangen könnten mit der israelischen Armee. Dafür hat sich der Bundeskanzler ziemlich viel Kritik eingeholt. Was hat er falsch gemacht aus Ihrer Sicht?

Günther: Ich glaube, dass viele Entscheidungen, die er getroffen hat, richtig sind, dass man bei manchen darüber streiten kann, ob man nicht in der Kommunikation früher hätte auch die Menschen und auch vielleicht die Sympathisanten der Union darauf vorbereiten müssen.

Schmidt-Mattern: Zum Beispiel?

Günther: Zum Beispiel bei dem Thema Schuldenbremse, denn diese Entscheidung ist ja richtig. Und von daher kann man immer die Form der Kommunikation bemängeln, aber ich glaube, alle sind schon realistisch genug zu sehen, dass wir uns im Moment in Zeiten befinden, wo auch Parteimitglieder, wo auch Abgeordnete akzeptieren müssen, dass wir jetzt nicht in Gesprächskreisen weiterkommen, sondern dass wir jemanden brauchen, der auch entsprechend Richtung vorgibt, Führung zeigt. Und deswegen unterstütze ich auch, dass Friedrich Merz hier sehr, sehr schnell auch sehr weitreichende Entscheidungen bisher getroffen hat.

Schmidt-Mattern: Sie geben dem Kanzler jetzt Rückendeckung. Wir kennen einen Brief des Generalsekretärs, Carsten Linnemann, an die Parteimitglieder. Da schreibt er, die Stimmung ist schlechter als gewünscht. Er nennt auch die Erklärungen, die Gründe, über die wir gerade schon gesprochen haben. Die verpatzte Wahl der als Verfassungsrichterin vorgesehenen Kandidatin kommt ja auch noch hinzu, die auf das Konto von Jens Spahn geht. Was ist da gerade los in Ihrer Partei? Man kennt das ja auch gar nicht, dass sich so viel Unmut gegen die Spitze artikuliert. Sie galten einmal als Kanzlerwahlverein.

Günther: Ja, aber ich glaube, man muss auch schon sehen, wir haben ja eine Zeit lang jetzt nicht regiert. Und natürlich gewöhnt sich eine Partei dann relativ schnell daran, in der Opposition wieder Klartext zu sprechen und, ich sage mal, 100 Prozent CDU pur zu machen. Da fühlen sich viele Menschen wohl. Das kann ich auch nachvollziehen, aber Regierungsverantwortung bedeutet am Ende auch, Entscheidungen zu treffen, und mit einem Ergebnis von unter 30 Prozent kann man halt nicht 100 Prozent der Inhalte umsetzen. Und von daher, glaube ich, muss sich die Partei ein

Stück weit daran gewöhnen. Das Einzige, was ich wirklich in der Tat schwierig finde, ist die gesamte Entwicklung um die Besetzung Bundesverfassungsgericht, weil ich immer finde, in einer Zeit mit solch dramatischen Auswirkungen, sich bei einer solchen kleinen Frage dagegen, einer Besetzung des Bundesverfassungsgerichts solche öffentlichen Blößen zu geben, ist einfach ein Stück unprofessionell an der Stelle.

Schmidt-Mattern: Von Jens Spahn meinen Sie an der Stelle?

Günther: Insgesamt finde ich schon, dass sich auch alle Abgeordneten einmal fragen müssen, ob es klug ist, dann in einer solchen Situation so eine öffentliche Welle zu schieben. Ich glaube, wir müssen akzeptieren, wenn wir in solchen Zeiten erfolgreich sein wollen, dann müssen wir an einem Strang ziehen. Dann müssen wir auch akzeptieren, dass wir gewähltes Führungspersonal haben. Das ist unser Bundeskanzler und Parteivorsitzender, das ist für die Bundestagsfraktion der Fraktionsvorsitzende. Und da, glaube ich, ist es schon auch wichtig, dass auch eine Verlässlichkeit in einer Koalition da ist, denn alle wissen, was Streit bedeutet. Die haben die Ampel erlebt. Das hat ein solches Misstrauen gegenüber der Politik gebracht, und wir müssen jetzt beweisen, dass man erfolgreich an einem Strang ziehen kann. Und da haben wir als Union gerade eine besondere Verantwortung.

Schmidt-Mattern: Sie galten als Merkelianer. Vermissen Sie Angela Merkel manchmal?

Günther: Ich bin ja auch immer noch Merkelianer und schätze sie auch in ihrer Arbeit, die sie geleistet hat, aber Verantwortung ist auf Zeit. Angela Merkel hat eine großartige Arbeit als Bundeskanzlerin geleistet. Heute stehen vollkommen andere Fragen an als zu der damaligen Zeit. Friedrich Merz trägt Verantwortung, und jetzt gilt meine Loyalität dem Bundeskanzler und jetzigen Parteivorsitzenden.

Schmidt-Mattern: Sie hören das Interview der Woche, heute zu Gast Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther von der CDU. Herr Günther, trifft der Bundeskanzler manchmal zu einsame Entscheidungen?

Günther: Ein Bundeskanzler, glaube ich, muss manchmal Entscheidungen treffen, bei denen man sich einsam fühlt. Ich glaube, gerade wenn die Zeiten besondere sind, gucken eben auch viele Menschen, auch andere, die in politischer Verantwortung sind, schon darauf, was sagt sozusagen der Regierungschef. Ich glaube, das geht gar nicht anders. Ich finde, dass er gerade außenpolitisch sich äußerst große Mühe gibt, so schwer das im Moment auch ist, die beteiligten Personen so gut wie möglich einzubinden. Das ist nicht einfach, aber ich glaube, es müssen auch alle respektieren, dass ein Bundeskanzler auch mit seiner Richtlinienkompetenz gerade außenpolitisch im Moment eine enorme Verantwortung für unser Land übernimmt. Und

da, glaube ich, sollten alle Beteiligten auch ein bisschen akzeptieren, dass er dafür auch eine Beinfreiheit braucht, so weitreichende Entscheidungen auch im Interesse Deutschlands auch treffen zu können.

Schmidt-Mattern: Friedrich Merz hatte ursprünglich versprochen, die Bürgerinnen und Bürger würden schon im Sommer erste Besserungen zu spüren bekommen. Jetzt sehen wir in einer neuen Forsa-Umfrage, die AfD hat die Union vergangene Woche erstmals seit April wieder überholt. Liegt das auch ein Stück weit daran, dass die Koalition bisher nicht besonders gut gearbeitet hat?

Günther: Ich glaube, das liegt schlicht daran, dass die Koalition in den letzten Wochen durch Streit aufgefallen ist. Ich finde, die ersten 70 Tage waren sensationell stark, wenn man jetzt einmal vom zweiten Wahlgang bei der Bundeskanzlerwahl absieht. Ich würde sagen, das war schnell vergessen, weil einfach in einer unglaublich schnellen Geschwindigkeit extrem weitreichende Entscheidungen angekündigt wurden, auch Entlastungen. Das Thema Bürokratieabbau, Rückbau ist angeschoben worden. In der Migrationspolitik gab es die versprochenen Veränderungen. Also mein Eindruck war, dass in den ersten 70 Tagen schon viel in die richtige Richtung gelenkt worden ist, aber ich glaube, man muss realistisch sehen, Misstrauen gegenüber Politik aus den vergangenen drei Jahren Ampel hat dazu geführt, dass viele Menschen sagen, na ja, es ist schön, dass jetzt sozusagen solche Beschlüsse da sind, aber wir wollen wirklich die Umsetzung sehen. Es ist schön zu wissen, dass es jetzt einen Bürokratierückbau gibt, aber ich will in meinem Handwerksbetrieb sehen, dass Dokumentationspflichten wegfallen, dass auch wirklich geliefert wird. Und deswegen finde ich, kann man nicht erwarten, dass eine Regelung nach so einer kurzen Zeit schon einen Stimmungsumschwung hinbekommt. Ich glaube, jetzt muss man in der Tat sehen, dass die letzten Wochen möglichst schnell wieder gelöscht werden, so eine Art Reset-Knopf, denn man merkt ja schon, dass dieses Thema Streit dazu führt, dass die Leute wieder maximal irritiert sind. Also nach 70 Tagen guten Start hat das schon eine ganze Menge kaputt gemacht. Und man muss in der Koalition einfach aufpassen. Wenn erst einmal Misstrauen gesät wird durch diese schlimmen Fehler auf Unionsseite bei der Wahl der Bundesverfassungsrichterin, dann kommt es schnell dazu, dass dann die Sozialdemokraten sagen, jetzt müssen wir aber sozusagen mit gleicher Münze zurückzahlen. Und sobald so was einreißt, haben wir wieder Ampelverhältnisse in Deutschland, und davon müssen wir wegkommen. Und ich erwarte von allen politischen Verantwortungsträgern, nicht nur in der Union, auch jetzt in der SPD, dass sie wirklich wieder zu diesem bewährten Stil der ersten Tage zurückkehren, denn das ist das Beste, was man im Moment für Deutschland tun kann.

Schmidt-Mattern: Der Bundesfinanzminister, SPD-Chef Lars Klingbeil, hat am vergangenen Wochenende vorgeschlagen oder vielmehr gesagt, Steuererhöhungen

sind und bleiben für ihn kein Tabu. Wörtlich sagte er, er schließt sie nicht aus. Was ist falsch daran, dass Vermögende und/oder gut Verdienende mehr Steuern zahlen?

Günther: Erst einmal ist ja richtig in unserem Land, dass Gutverdienende mehr zahlen und dass unser Steuersystem so anlegt ist, dass breite Schultern mehr Steuern zahlen als schmale Schultern. Also wir haben ja das Gerechtigkeitsprinzip in unserem Steuersystem verankert.

Schmidt-Mattern: Ja, das reicht nicht, sagt Lars Klingbeil, er will mehr.

Günther: Ja, das ist ja die Position auch der SPD. Und ich rate auch meinen Leuten in der Union, das alles ein bisschen sportlich zu sehen. Wir haben ja nicht geheiratet, sondern wir haben eine Koalition. Und die Position der SPD bleibt weiterhin, dass sie eigentlich für Steuererhöhungen sind, aber die Position der Union ist, dass wir jetzt Entlastung brauchen, die wir ja auch machen. Und ganz nüchtern gesagt ist der Part, den die Union vertritt, im Koalitionsvertrag ja miteinander verabredet. Und von daher gehe ich davon aus, dass dieser Koalitionsvertrag abgearbeitet wird, aber ich erwarte nicht von der SPD, dass sie den Koalitionsvertrag zum Parteiprogramm der SPD macht, sondern dass der Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Und so arbeitet man zusammen, und deswegen gilt das, was miteinander verabredet worden ist.

Schmidt-Mattern: Der Koalitionsvertrag bleibt aber ja relativ im Ungefähren, was konkrete Entlastungen angeht. Sonst wüssten wir ja jetzt schon genauer, wie diese Haushaltslöcher zu stopfen sind. Was schlagen Sie denn konkret vor, wie man gegen die Schulden vorgehen kann?

Günther: Bei den Entlastungen haben wir ja Beschlüsse jetzt auch gefasst. Also die Frage von Steuersenkungen, auch für die nächsten Jahre, sind ja jetzt auch schon durch die ersten Beschlüsse der Bundesregierung dort auch in Aussicht gestellt.

Schmidt-Mattern: Das wird aber durch die höheren Sozialabgaben dann gleich für Normalverdiener, für Familien wieder aufgeessen in der Regel.

Günther: Zum Teil, also es bedarf ja noch weiterer Entlastungen. Wir haben über das Thema Stromsteuer eben gesprochen. Da haben wir ja auch noch eine Entlastungswirkung auf die Privathaushalte.

Schmidt-Mattern: Aber nicht für die Familien wurden die beschlossen.

Günther: Nein, genau, aber das ist ja verabredet in der Koalition, dass das noch kommt. Wir haben einen Beschluss des Bundesrates gefasst, der einstimmig gelaufen ist. Also das heißt Union, SPD-Länder, auch grüne Länder mit unterstützt, dass die Stromsteuer auch für alle kurzfristig gesenkt werden soll. Also von daher gehe ich davon aus, dass diese Maßnahmen getroffen werden. Und natürlich muss jetzt auch

das im Koalitionsvertrag umgesetzt werden, was an Einsparungen auch notwendig ist. Bärbel Bas arbeitet ja auch in Entwürfen daran, wie jetzt beim Bürgergeld auch Reformen durchgeführt werden können im Sinne von fördern und fordern. Und ich glaube, dass hier in diesen Bereichen auch Entlastungswirkungen passieren, aber da setze ich jetzt auch darauf, dass da konkrete Vorschläge kommen. Und ich will jetzt nicht aus Schleswig-Holstein, wir haben eigene Sorgen mit unserem Haushalt, dem Bund vorschreiben, in welchen Bereichen ich es für klug halte, dass hier der Rotstift angelegt wird.

Schmidt-Mattern: Aber ein paar Ideen werden Sie ja haben. Also zum Beispiel Mütterrente hat Markus Söder, der CSU-Chef, durchgesetzt. Das war ihm ein besonderes Anliegen, ziemlich, ziemlich teuer. Das wird neue Haushaltsbelastungen auslösen. Musste das sein?

Günther: Das musste nicht sein, und Sie haben mich ja auf Einsparungen angesprochen. Hier reden wir ja darüber, dass eher sogar noch Dinge ausgeweitet werden auch an Ausgaben. Und da bleibe ich bei meiner Position in der Abwägung, wie schaffen wir es, dass Deutschlands Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig wird, hätte ich es für besser gehalten, wenn wir uns um das Thema Stromsteuern gekümmert hätten. Das hätte den Betrieben geholfen. Das wäre übrigens eine Entlastungswirkung für alle Menschen in Deutschland gewesen, übrigens auch Mütter, sodass wir wirklich eine Gesamtentlastung gehabt hätten. Und das hätte für mich eine deutlich höhere Priorität gehabt als die Frage, ob wir an der Mütterrente noch weitere Reformen, die ja erhebliche Milliarden jährlich kosten, durchsetzen müssen.

Schmidt-Mattern: Sie haben sich auch dafür eingesetzt, dass es in Deutschland verschiedene Strompreiszonen gibt, ein Vorstoß der Nordbundesländer. Auch da kam sofort Protest aus Bayern von Markus Söder: „Nicht mit uns.“ Wie wirkt das auf Bürgerinnen und Bürger, wenn so pingponghaft Vorschläge jetzt diskutiert werden? Es geht ja wirklich um was. Es geht ja auch für viele Menschen darum, dass sie eben das Gefühl haben, sie arbeiten genauso viel, aber im Portemonnaie bleibt immer weniger übrig. Auch dieser Nord-Süd-Zwist, den es immer wieder gibt, jetzt weilt der Ministerpräsident von Bayern gerade auf Helgoland, hat Ihnen nicht einmal Bescheid gesagt. Fördert das die Akzeptanz in der Politik?

Günther: Nein, dass Herr Söder Helgoland besucht, hat, glaube ich, mit der Akzeptanz nicht viel zu tun.

Schmidt-Mattern: Ärgert Sie das?

Günther: Nein, überhaupt gar nicht, ich freue mich wirklich darüber, dass er Schleswig-Holstein ähnlich schön findet wie ich und deswegen hier zu Besuch ist. Und trotz

allem bleibt es ja in der Demokratie so, dass man Diskussionen führt. Ich glaube, es ist eher schwierig, wenn eine Regierung nicht an einem Strang zieht. Dass selbstverständlich unterschiedliche Interessen artikuliert werden dürfen, glaube ich, ist eine Selbstverständlichkeit. Und man muss immer wissen, beim Thema Strompreise haben wir ja über Jahre die Diskussion gehabt, dass Bayern und auch andere südliche Länder verhindert haben, dass wir überhaupt einheitliche Strompreise in Deutschland hinbekommen. Also wir sind ja jetzt bei dem Stand, dass die Netzentgelte gleich sind. Wir haben vorher die Situation gehabt, dass alle Länder, die verstärkt erneuerbare Energien ausgebaut haben, also dabei geholfen haben, dass wir die Unabhängigkeit von russischem Gas hinbekommen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern dafür bestraft worden sind, dass sie mehr Strompreise bezahlt haben. Alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben mehr für ihren Strom bezahlt als in Bayern. Und diese Ungerechtigkeit haben wir durch harten Einsatz der Nordländer, andere haben auch mitgeholfen, mittlerweile durchgesetzt. Und der nächste Schritt, das machen wir jetzt ohne Schaum vor dem Mund, wäre ja gar nicht so sehr irgendwie ein Angriff auf die südlichen Länder, sondern ich glaube einfach, als Partei der Marktwirtschaft ist es auch klug, mit Anreizen zu arbeiten. Und wenn Bürgerinnen und Bürger wissen, dass das Windrad vor ihrer Haustür dafür sorgt, dass sie weniger für ihren Strom bezahlen, das würde nicht nur in Schleswig-Holstein noch stärker für eine Akzeptanz sorgen, sondern, ich glaube, dass dann auch in Bayern Haushalte anders darüber denken würden, wenn im Bereich der erneuerbaren Energien auch in Bayern Fortschritte gemacht werden würden.

Schmidt-Mattern: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit Ministerpräsident Daniel Günther aus Schleswig-Holstein. Herr Ministerpräsident, wir haben zu Beginn unseres Gesprächs über die Ukraine gesprochen. Wir haben jetzt sehr viel über die Haushaltsslage, auch im Bund, gesprochen. Wenn wir beides versuchen zusammenzuführen, dann bin ich ganz schnell beim Thema Investitionspaket, beim sogenannten Sondervermögen, das ja auch der Zeitenwende geschuldet ist und das Deutschland auch sicherheitspolitisch auf einen neuen Stand bringen soll. Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Rüstungsproduktionsstandort. Marine, Bundeswehr sind auch hier sehr stark vertreten. Brummt das Geschäft bei Ihnen im Norden jetzt? Spüren Sie die Milliarden aus dem Investitionspaket bereits bei Investitionen?

Günther: Wir spüren mehrere Dinge. Wir merken natürlich, dass das Thema Sicherheit, dass das Thema Verteidigungsfähigkeit eine gestiegene Bedeutung hat. Wir hatten in Schleswig-Holstein zum Glück immer eine hohe Akzeptanz der Bundeswehr, haben nie Probleme mit Gelöbnissen gehabt. Also auch in den Zeiten, wo die Menschen diese Bedrohung nicht so gespürt haben, gab es immer eine hohe Akzep-

tanz für Soldatinnen und Soldaten. Das hilft uns auch in diesen Zeiten. Und wir hatten vor dem Hintergrund auch immer eine positive Affinität zum Thema Rüstungsindustrie, zum Thema wehrtechnische Industrie. Und wir merken im Moment, dass dort deutlich aufgestockt wird an Personal. Wir wissen, dass in der Auslastung unserer Werften, dass da zum Teil wirklich über Jahrzehnte entsprechende Volllast auch gefahren wird, ein Unternehmen wie TKMS mittlerweile weitere Werftenstandorte nutzt, um dem nachzukommen. Und das spüren wir in unserem Land und unterstützen das auch ausdrücklich, weil wir glauben, das ist natürlich auch eine Chance für uns in Schleswig-Holstein, entsprechend wirtschaftliche Stärke zu generieren. Und nicht umsonst sind die drei nördlichen Bundesländer, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, mittlerweile die Top 3 im Wirtschaftswachstum in Deutschland.

Schmidt-Mattern: Herr Günther, es klingt vielleicht zynisch, aber manche fragen sich das. Inwieweit profitiert die deutsche Wirtschaft hier im Norden vom Krieg in der Ukraine wie auch im Gazastreifen?

Günther: Ich würde es eher so formulieren, dass wir davon profitieren, dass das Thema Sicherheit eine größere Rolle spielt und dass wir uns verteidigungsfähig machen müssen. Und ich finde auch, dass das Thema Nachhaltigkeit, das Thema Schutz und das Thema Hilfe auch etwas ist, was ja positiv besetzt ist, also dass wir die Ukraine unterstützen, dass wir helfen, dass der russische Aggressor in die Schranken gewiesen wird. Das ist ja das Ziel daran. Und das Thema Aufrüstung, das Thema Verteidigungsfähigkeit hat ja immer zum Ziel, so abschreckend zu sein, dass ein Krieg nicht stattfindet. Das ist ja das Ziel. Wir wollen so stark sein, dass jemand wie Putin erkennt, dass ein Angriff auf NATO-Gebiet, dass ein Angriff auf Europa für ihn sich so negativ auswirkt, dass er seine Finger davon lässt. Und ich glaube, so kann man Menschen auch erklären, warum es in solchen Zeiten eben wichtig ist, viele Milliarden Euro in die Sicherheit unseres Landes zu investieren.

Schmidt-Mattern: Dazu vielleicht zum Abschluss noch eine Frage. Sie sind natürlich als Regierungschef in einem Bundesland viel auch in Ihrem Land unterwegs. Welche Stimmung nehmen Sie da im Moment bei den Menschen mit, wenn es um dieses Thema Bedrohung von außen und international veränderte Sicherheitslage geht?

Günther: Erst einmal sind wir, glaube ich, ein verhältnismäßig entspanntes Land. Das ist so im Norden. „Wat mutt, dat mutt“, sagt man bei uns. Von daher würde ich uns nicht eins zu eins mit allen anderen Regionen Deutschlands vergleichen.

Schmidt-Mattern: Nicht mit Bayern.

Günther: Zum Beispiel, aber selbst wenn man das einmal abzieht, ist es schon auch in Schleswig-Holstein so, dass es ein sorgenvoller Blick ist und dass die Weltlage so viele Gewissheiten verändert hat und auch teilweise beseitigt hat, dass wir Politik ganz anders erklären müssen.

Schmidt-Mattern: Sind Sie besorgt?

Günther: Ich hätte mir schon nicht vorstellen können, in einer Zeit wieder zu leben, nach all dem, was ich vorher erlebt habe, wo man diese Sicherheit, der nächsten Generation geht es besser, nicht mehr so klar beantworten kann, wie wir das vielleicht noch vor zehn Jahren gemacht hätten. Und dass wir so eine Bedrohung haben, dass wir spüren auch in Schleswig-Holstein als Anrainer an der Ostsee, was macht die russische Schattenflotte, wie sicher ist eigentlich unsere kritische Infrastruktur, das sind Fragen, denen wir uns vor zehn Jahren ja gar nicht genähert haben. Und ich kann schon absolut nachvollziehen, dass viele Menschen einfach sich danach sehnen, nach Normalität. Und alles, was in der Weltpolitik passiert, hat ja wenig mit Normalität zu tun. Manchmal denke ich, wenn ich so manche Diskussion sehe, manchen Gipfel sehe, als ich in den 90er Jahren Science-Fiction-Filme geguckt habe, habe ich immer gedacht, um Gottes Willen, was ist das für eine Utopie, aber manches findet bedauerlicherweise im Jahre 2025 in ähnlicher Form statt. Und das macht einfach vielen Menschen Sorgen. Und wir haben einen riesigen Erklärungsbedarf, und dem müssen wir als Politik auch gerecht werden.

Schmidt-Mattern: Daniel Günther, Ministerpräsident hier in Schleswig-Holstein, zu Gast im Deutschlandfunk heute, vielen Dank.

Günther: Vielen Dank,